

• BNN

Heroin-Modell soll weiter laufen

Der Gemeinderat will das bei der Ambulanz der Arbeiterwohlfahrt angesiedelte so genannte Heroin-Modell fortsetzen. Nachdem der Bundestag vor kurzem grünes Licht für die Weiterführung des bundesweiten Projekts gab, fordert das Plenum jetzt Landesregierung und Landtag in einer Entschließung auf, Fortführung und langfristigen Erhalt der diamorphingestützten Substitution bei schwerstkranken Opiatabhängigen in Karlsruhe zu gewährleisten. Die einstimmig verabschiedete Resolution im Wortlaut:

„Die Stadt Karlsruhe hat sich seit dem Jahr 1999 für die Durchführung der diamorphingestützten Substitution bei schwerstkranken Opiatabhängigen eingesetzt. Der zugrunde liegende Gemeinderatsbeschluss erfolgte in einem breiten Konsens über alle Parteigrenzen hinweg.

Im Rahmen des bundesdeutschen Modellprojekts zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger erfolgte die Behandlung in Karlsruhe von 2002 bis 2006 innerhalb dieses wissenschaftlichen Projekts, danach erfolgte die Weiterführung bis zum heutigen Tag im öffentlichen Interesse. Die herausragenden wissenschaftlichen Ergebnisse, die in Karlsruhe wie auch in den anderen beteiligten Städten Hamburg, Hannover, Köln, Bonn, Frankfurt und München erzielt wurden, führten dazu, dass der Bundestag am 28. Mai 2009 dem Gesetzentwurf zur diamorphingestützten Behandlung zustimmte und damit die Grundlage für den Übergang in die Regelversorgung schuf.

Die von der Landesregierung angedachte Möglichkeit, die diamorphingestützte Substitution in die psychiatrischen Kliniken des Landes zu verlagern, ist kontraindiziert. Substitution, auch Substitution mit Diamorphin, stellt eine ambulante ärztliche Behandlungsform dar. Sie hat sich lokal, national wie international bewährt, weil mit dieser Behandlungsform Abhängige und auch Schwerstabhängige in ihrer Lebensrealität erreicht, gesundheitlich stabilisiert und weiteren abstinenzorientierten Behandlung zugeführt werden können. Substitution mit Diamorphin muss nach unserer begründeten Auffassung in hochkompetenten Zentren durchgeführt werden, die Großstädten und verdichteten Raumschaften zugeordnet sind. Nur so lassen sich die betroffenen Menschen erreichen und funktionsfähige Behandlungseinrichtungen erhalten. Selbstverständlich sollte diesen Zentren auch psychiatrische Fachkompetenz zugeordnet werden.

Der Gemeinderat fordert Landesregierung und im Landtag vertretenen Fraktionen auf, Fortführung und langfristigen Erhalt der diamorphingestützten Substitution in Karlsruhe zu gewährleisten. Die Stadt verpflichtet sich, im Rahmen ihrer rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten darauf hin zu wirken, dass die diamorphingestützte Behandlung für die Gruppe schwerstkranker Opiatabhängiger in der erfolgreich praktizierten Form erhalten wird.“ -red-